

Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus der Konferenz ¹

Zwar sind Frauen wie Männer Teil der Wirtschaft, gleichwohl differiert ihr Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erheblich. Im Bereich der Wirtschaftspolitik ist die EU-Strategie des Gender Mainstreaming bislang konzeptionell noch wenig entwickelt. Auch die Umsetzung erfolgte bisher nur sehr bedingt. Die Lissabon-Strategie bietet zwar einige positive Ansätze, die Sozial- und Wirtschaftspolitik zu harmonisieren und die Stellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Jedoch existiert hierzu weder eine kohärente Politik, noch gibt es ein Konzept zur Umsetzung von Gender-Maßnahmen in allen Wirtschaftsbereichen. Ferner besteht ein Widerspruch zwischen den geschriebenen Zielen des Amsterdamer Vertrags und der allgemeinen Praxis. Obwohl das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit im Vertrag selbst nicht als vorrangig gegenüber den Zielen Gender Mainstreaming und Diskriminierungsfreiheit definiert ist, wird die Wettbewerbsfähigkeit de facto so behandelt.

Tatsächlich ist es auch aus ökonomischen Erwägungen heraus dringend geboten, dass die geschlechtsdifferenzierten Auswirkungen von politischen Entscheidungen von vorneherein in die Entwicklung von wirtschafts-, handels- und finanzpolitischen Maßnahmen und Politiken der EU einbezogen werden. Frauenfördermaßnahmen sind flankierend nach wie vor notwendig und ein wichtiger Bestandteil der Zwei-Säulen-Strategie zur Erlangung von Geschlechtergerechtigkeit. Eine auf der Konferenz diskutierte Anregung bestand darin, dass die EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen der Sozialpolitik, in denen die EU (noch) keine Kompetenz hat, in einen freiwilligen Austausch von Best Practice Beispielen des Gender Mainstreaming treten.

Auf der Konferenz wurde die Einführung von Gender Budgeting auf allen politischen Ebenen empfohlen. Obwohl bekannt ist, dass öffentliche Ausgaben und Einnahmen unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer, Arme und Reiche, junge und alte Menschen etc. haben, werden diese Auswirkungen unzureichend bei der Haushaltsplanung und beim Haushaltsvollzug berücksichtigt. Erst geschlechterbewusste Haushaltspläne ermöglichen es, Politik auf ihre Zielgenauigkeit und Wirksamkeit hin zu überprüfen und den Erfolg (oder Misserfolg) von gleichstellungspolitischen Maßnahmen zu messen.

Um dies zu ermöglichen, ist es notwendig, sowohl die Kapazität als auch die entsprechenden Kompetenzen in Institutionen und Verwaltungen aufzubauen. Es bedarf Zeit und Finanzmittel, um die notwendigen Daten zu erheben und Einnahme-Ausgaben-Rechnungssysteme zu entwickeln, die für eine Gender-Analyse geeignet sind. Vorhandene Statistiken sollten routinemäßig nach Geschlecht differenziert werden. Gleichzeitig ist aber auch eine Gender-Berichterstattung in Anlehnung an die Sozialberichterstattung notwendig, um Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen beobachten zu können und bei Bedarf politisch zu reagieren.

Obwohl Gender Mainstreaming bei den Europäischen Strukturfonds zwingend vorgeschrieben ist, bleiben die Auswirkungen bislang schwach. Das Kriterium der sogenannten Gleichstellungsneutralität erweist sich als ausgesprochen kontraproduktiv, da dies als Freibrief verstanden wird, um die Frage der Gleichstellungseffekte unbearbeitet zu lassen. Es bedarf einer bindenden Definition für Gender Mainstreaming, einer strategischen Planung für die

¹ Die folgende Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Konferenz "Schöner wirtschaften - Europa geschlechtergerecht gestalten!" konnte kurzfristig Eingang finden in die Regionale Vorbereitungskonferenz der Vereinten Nationen zu Peking +10 in Genf vom 14.-15. Dezember 2004. Für die enge Kooperation möchten wir uns besonders bedanken bei Ewa Ruminska-Zimny, Senior Social Affairs Officer, UNECE, und Koordinatorin der regionalen Peking +10-Vorbereitungskonferenz.

Umsetzung bei allen Programmen und fester Vorgaben für alle an der Durchführung und Bewertung beteiligten AkteurInnen. Im Besonderen muss das Monitoring intensiviert werden. Es ist wichtig, mit Unternehmen den Dialog zu Fragen der Geschlechtergleichstellung am Arbeitsplatz zu führen. Dabei ist hervorzuheben, dass es wirtschaftlich ineffizient ist, die Qualifikationen von Frauen nicht voll zu nutzen, was der Fall ist, wenn sie trotz hoher Qualifikation auf unteren Hierarchieebenen bleiben oder lange Auszeiten aufgrund von Elternzeit haben (wie in Österreich und Deutschland) oder wenn sie von Männern verdrängt werden (wie in Mittel- und Osteuropa).

In dieser Hinsicht sollten die Strategien der Frauenförderung, des Gender Mainstreamings und des Diversity Managements in Hinblick auf ihre jeweiligen Potenziale und Tauglichkeiten überdacht und ihre Auswirkungen auf Frauen und auf Geschlechterverhältnisse in Unternehmen geprüft werden.

Gleichzeitig sollten Gesetzesvorhaben zur Gleichstellung im Privatsektor wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt werden, zumal dann, wenn – wie in Deutschland der Fall – „freiwillige Selbstverpflichtungen“ der Privatwirtschaft nicht im Stande sind entsprechende Gleichstellungsdynamiken auszulösen. Existieren doch gerade in Deutschland erhebliche Hindernisse für Frauen (und Männer), die ihr Arbeits- und Familienleben miteinander vereinbaren wollen. Es ist noch viel zu tun, wenn es um die Einführung eines adäquaten Systems der Kinderbetreuung geht und Männer dazu bewegt werden sollen, (unbezahlte) Care-Arbeit zu leisten.

In den ehemals sozialistischen Ländern haben sich berufliche Selbständigkeit und Betriebsgründungen als wichtige Strategien für Frauen erwiesen, für sich und ihre Kinder den Lebensunterhalt zu verdienen. Anhand von Studien aus Frankreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten lässt sich die außergewöhnliche Dynamik von Frauenunternehmen sowie ihre stimulierende Wirkung auf die gesamte Wirtschaft ersehen. Das Unternehmerintention in der EU sollte unterstützt und günstige Rahmenbedingungen sollten geschaffen werden. Dazu zählen:

- die Koordinierung aller Maßnahmen von Politik, lokaler Wirtschaftsförderung, Banken, Handelskammern und Unternehmerinnen
- die Unterstützung von Unternehmerinnen-Netzwerken und Gründerinnenzentren sowie deren Vernetzung auf nationaler und europäischer Ebene und der Austausch von Erfahrungen und Best Practices. Vorbildlich für gute Praxis in Deutschland ist das Netzwerk von Gründerinnenzentren, z.B. WeiberWirtschaft Berlin, INNEN-HOF Hamm, Frauenstadthaus Bremen.

Die Wirtschaftstheorien vernachlässigen wichtige Faktoren, welche die ökonomische Dynamik beeinflussen. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Geschlechterverhältnisse. Werden die unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen von Frauen und Männern sowie die Machtbeziehungen zwischen den Geschlechtern nicht erkannt und beachtet, führen ökonomische Modelle zu Trugschlüssen. Ein aktuelles Beispiel ist die Krise der Care-Ökonomie in allen europäischen Ländern.

Ein europäisches Forschungsinstitut für feministische Wirtschaftstheorie und feministische Wirtschaftswissenschaften könnte dazu beitragen, eine unabhängige systematische Forschung in diesem Feld zu betreiben und WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen zu vernetzen.

München/Berlin, Dezember 2004

Birgit Erbe, FAM Frauenakademie München/Dr. Claudia Neusüß, Politikberaterin, Berlin